Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Verschulden höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst“, außerdem „Volk und Zeit“ monatlich 1,95 M., zuzüglich 45 Pf. Zeitungsgebühr, Einzelpreis 1,95 M. zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. 36 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 361 und 12 761. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 30 mm breite Nonpareillezeile 25 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2,50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Belegnummer 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 157 | Dresden, Mittwoch, den 9. Juli 1930 | 41. Jahrgang

Brüning sucht noch immer

Wo ist eine Mehrheit? — Einkommensteuerzuschlag gegen Kopfsteuer?

Noch immer unklare Lage

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

H. F. Das war nicht nur für Uneingeweihte eine Ueberraschung, als die erste Beratung der Steuer- und Etatsvorlagen schon nach einer Sitzung am Montag abgeschlossen wurde. Man hatte große Redekämpfe erwartet, eine Annahme, die in der Wichtigkeit der Sache wohl begründet war. Deshalb rechnete auch der Aeltestenausschuß in seinen Dispositionen am Sonnabend mit einer zweitägigen Dauer dieser Beratungen. Waren doch die Fragen, um die es sich handelt, wochenlang auch in der Tagespresse aller politischen Richtungen sehr lebhaft erörtert worden. Alles war gespannt auf den „großen Tag“. Nun wurde es in dreieinhalb Stunden abgemacht, wovon eineinhalb Stunden allein auf die Ministerrede entfielen. Die meisten der Abgeordneten werden erst am Dienstag früh erstaunt von diesem Schnelligkeitsrekord erfahren haben.

Man darf aus diesem Falle nicht etwa schließen, daß die Sache einfacher und sicherer für die Regierung geworden wäre. Im Gegenteil! Gerade weil die erstrebte Einigkeit der Regierungsparteien noch immer auf dem toten Punkt war, verzichteten sie alle miteinander, Stellung zu nehmen. Was hätten sie sagen sollen? Es bestand die Gefahr, daß sie sich bei einiger Ehrlichkeit noch weiter auseinanderreden würden. Das mußte aus naheliegenden taktischen Gründen vermieden werden. Und wie ein Blick in die in Betracht kommende Presse zeigt, hat der Finanzminister mit seiner temperamentvollen Rede noch ein bißchen Oel ins Feuer gegossen, obwohl die Rede schriftlich fixiert war. Den Demokraten passen einige von Dietrich ausgeteilte Hiebe nicht, erst recht unzufrieden ist die Deutsche Volkspartei. Beim Hansabund zumal ist der Minister derb ins Fettnäpfchen getreten, weil er die von dieser Seite gepredigte Spartaktik recht wirksam ablehnte. Ein Berliner demokratisches Blatt bemerkte dazu sogar, es scheine, als ob der Minister nicht abgeneigt sei, es zum Bruch zu treiben.

Das ist nun freilich eine Uebertreibung, die in der Sachlage keine Stütze findet. Eher könnte man das von der Erklärung sagen, die der Abg. Oberfohren im Namen der Deutschnationalen abgab. Denn sie ist ablehnend ohne jeden Vorbehalt! Wahrscheinlich kann man aber auch ihr gegenüber sagen, daß nicht so heiß gegessen wie gekocht wird. Wäre diese Erklärung das ernstgemeinte letzte Wort, dann ist die Regierung geliefert. Besonders der Finanzminister, der mit seinen von der Gesamtregierung gebilligten Vorschlägen stehen und fallen will. Das Stehen wird schwerer sein als das Fallen. Man vergesse nicht, daß das Kabinett Brüning eine ausgesprochene Minderheitsregierung ist. Die Parteien, die gebunden hinter ihr stehen, zählen nur 171 Mandate von 491. Sie braucht zu einer Mehrheit nicht nur die abgesplitterten, sondern alle deutschnationalen Stimmen, oder — die der Sozialdemokraten. Die letzteren werden schon deshalb nicht zu haben sein, weil die Regierung für die endgültige Gestaltung des Etats eine Ermächtigung haben, den Reichstag also ausschalten will. Der sozialdemokratische Redner hat deutlich genug im Namen der Fraktion erklärt, daß das grundsätzlich abgelehnt wird. Noch mehr kompliziert wird die Sache dadurch, daß die „Junktim“-Methode abermals angewendet werden, d. h. in einer endgültigen Abstimmung über alle Vorlagen zugleich entschieden werden soll. Auf diese Weise wird die Annahme der einzelnen Gesetze mit wechselnden Mehrheiten von vornherein unmöglich.

Die eigentlichen „Kämpfe“ werden sich nun im Haushaltsausschuß abspielen, dem die Vorlagen überwiesen sind. Inzwischen suchen die Regierungsparteien durch Verhandlungen doch noch unter einen Hut zu kommen. Wird das gelingen? Wir glauben ja! Wahrscheinlich werden auch die Deutschnationalen letzten Endes die zur Mehrheit nötigen Mannschaften stellen. Sie werden sicher, besonders von den rein agrarischen Gruppen und vom Agrarminister Schiele, der scheinbar parteipolitisch auf eigene Faust in der Regierung sitzt, unter starken Druck gesetzt. Denn für agrarische Interessen steht viel auf dem Spiele. Ein Trumpf, den Dietrich in seiner Rede mit Nachdruck ausgespielt hat. Auch die Deutsche Tageszeitung warnt aus diesem Grunde die Deutschnationalen dringend davor, die Verantwortung für das Scheitern der Regierungspläne zu übernehmen. Denn wenn die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung, mit dem man bisher soviel pluffte, wirklich ernsthaft würde, so ist nicht daran zu denken, daß man damit die beabsichtigten großen Agraraktionen durchführen könnte. Das wäre denn doch ein zu gewagtes Spiel. Man müßte sich damit auf das Notwendigste beschränken

Nach der Verfassung müssen dem Reichstag so bald als möglich alle nach Artikel 48 durchgeführten Maßnahmen zur Entscheidung vorgelegt werden. Selbstverständlich kann das nicht dem Reichstage gegenüber geschehen, der eben erst abgelehnt und dessen Entscheidung die Anwendung des Artikels 48 zur Folge hatte. (Daß wir ein solches Verfahren einer Regierung überhaupt für verfassungswidrig halten, braucht hier nicht erörtert zu werden.) Es käme dafür nur ein neuer Reichstag in Frage. Es müßte ganz zwangsläufig aufgelöst werden. Nichts scheuen die bürgerlichen Parteien aber mehr als dies. Die Verhinderung einer Neuwahl wird über allen anderen Erwägungen stehen! Deshalb ist anzunehmen, daß die Regierung trotz allen Schwierigkeiten das Rennen doch noch machen wird.

*

Geschäft mit der Deutschen Volkspartei?

Berlin, 9. Juli. (Eig. Funk.)

Amtlich wird mitgeteilt: „In der am Dienstag abend unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning stattgefundenen Besprechung mit den Führern der hinter der Regierung stehenden Parteien wurde das Deckungsprogramm des Kabinetts eingehend erörtert, wobei die Parteien als Ergänzung dieses Programms Anregungen vorbrachten. Ueber diese Anregungen wird das Reichskabinett heute nachmittag seine Entscheidungen treffen und alsdann die Fraktionen darüber zu einer endgültigen Stellungnahme auffordern.“

Die Besprechungen der hinter der Regierung stehenden Parteien dauerten von 8 Uhr abends bis kurz nach 12 Uhr nachts. Sie führten nach unseren Informationen zu bestimmten Vereinbarungen, die eine endgültige Verständigung über das Deckungsprogramm der Regierungsparteien noch für heute, spätestens morgen erwarten lassen. Schon aus dem in der amtlichen Verlautbarung gebrauchten Wort „Ergänzung“ ergibt sich, daß diese Vereinbarungen an dem grundsätzlichen Teil des Deckungsprogramms nichts ändern und die **Volkspartei plötzlich bereit ist, sowohl das Notopfer als auch den 5prozentigen Zuschlag auf die Einkommensteuer zu schlucken.** Diese Umkehr der Deutschen Volkspartei erfolgt voraussichtlich gegen die Zusage einer Aufhebung der unbeschränkten Zuschußpflicht des Reiches für die Arbeitslosenversicherung, durch Aenderung des § 163 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und durch die sofortige Einführung einer Kopfsteuer. Die übrigen, hauptsächlich von der Volkspartei ausgehenden und von der Regierung gebilligten „Anregungen“ zur Ergänzung der Deckungsvorlage laufen nur auf geringfügige Aenderungen des Deckungsprogramms hinaus.

Mit der voraussichtlichen Verständigung der hinter der Regierung stehenden Parteien wird das Kabinett Brüning eine große Sorge los. Aber diese Verständigung sichert ihr noch keineswegs eine Mehrheit. Das Bedürfnis, diese Mehrheit eventuell durch Besprechungen mit der Opposition sichern zu helfen, scheint bei der Regierung zunächst nicht zu bestehen. Man gibt sich dort neuerdings vielmehr der Hoffnung hin, daß die deutschnationale Fraktion zu einem großen Teil für die Vorlagen stimmen und durch die Abwesenheit eines Teils der Abgeordneten eine kleine Mehrheit für das Deckungsprogramm erreicht wird. **Diese Hoffnung gründet sich nicht auf sachliche Argumente, sondern ausschließlich auf die Annahme, daß die Mehrheit der deutschnationalen Fraktion zu guter Letzt, wie schon so oft, aus Furcht vor der Auflösung des Parlaments umfallen und mitmachen wird, was sie kurz vorher noch „grundsätzlich“ abgelehnt hat.**

2,6 Millionen Arbeitslose

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung betrug, wie amtlich mitgeteilt wird, am 1. Juli 1 459 000, d. h. um 36 000 weniger als vor 14 Tagen, und in der Krisenunterstützung 364 000, d. h. um 12 000 mehr als 14 Tage zuvor. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug am 1. Juli 1 833 000; das sind 900 000 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Ueberlagerung ist also dieselbe geblieben. An verfügbaren Arbeitsuchenden waren nach dem Bericht bis Beginn des Juli 2 690 000 vorhanden, an effektiv Arbeitsuchenden (also ohne Notstandsarbeiter und der noch in Stellung, aber in Kündigung befindlichen Arbeitskräfte) 2 636 000.

Die Lage in den einzelnen Bezirken ist unterschiedlich. In Westfalen ist eine Zunahme der Unterstützungsempfänger um etwa 3000 festgestellt. Eine kräftigere Besserung zeigen hauptsächlich die landwirtschaftlichen Bezirke Ostpreußen, Pommern, aber auch Mitteldeutschland und Sachsen; die hier zu beobachtende kleine Erleichterung war dringend notwendig. Gestiegen ist die Zahl der Arbeitsuchenden in kleinem Umfange in Brandenburg, Westfalen, Rheinland und ebenso bei einzelnen Arbeitsämtern in Schlesien.

Die Stillegungsanzeigen (hauptsächlich solche vorsorglicher Art) treten wieder stärker auf, ebenso nimmt die Kurzarbeit wieder zu. Ausgesteuerte Industriearbeiter wandern zu berufsfremder Arbeit ab, vor allem in die Landwirtschaft und in ungelernte Arbeit. Im Bergbau zeigt die Braunkohle eine leichte Besserung, während bei der Steinkohle die Halden noch immer wachsen und die Feierschichten im wesentlichen gleichgeblieben sind. Die Erntearbeit hat eine stärkere Nachfrage nach Arbeitskräften für die Landwirtschaft zur Folge gehabt. Im Baugewerbe herrscht zur Zeit stärkste Fluktuation infolge kurzfristiger Arbeit, hauptsächlich bei Reparaturen; die Nachfrage nach Arbeitskräften für Neubauten ist nach wie vor gering. In der Konfektionsindustrie hat der Saisonschluß, besonders für Mäntel, zu Entlassungen geführt. Eine geringe Erleichterung weisen in der Textilindustrie Wolle und Seide auf. Der Arbeitsmarkt der metallverarbeitenden Industrie ist überall schwach. Der Kurort- und Bäderbetrieb entwickelt dies Jahr eine geringere Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Entlassung vieler Hausangestellten hat wie gewöhnlich mit dem Beginn der Ferien- und Reisezeit wieder kräftig eingesetzt.

*

Das Gesamtbild ist recht ernst. Es zeigt, daß der Rückgang in der Arbeitslosenversicherung geringer ist als die Aussteuerung. Täglich werden gegenwärtig in der Arbeitslosenversicherung rund 8000 **Unterstützungsempfänger** ausgesteuert, während der Abgang aus der Versicherung in den letzten vier Wochen pro Tag nur 3000 betrug; es ist also ein Zugang von 5000 zu verzeichnen. Die Situation hat sich tatsächlich weiter verschlechtert, und die Reichsregierung hätte wirklich allen Anlaß, jetzt mit stärkster Beschleunigung die von ihr seit langem angekündigte Ankurbelung des Arbeitsmarktes durch besondere Arbeitsbeschaffung vorzunehmen. Diese Arbeitsbeschaffung besteht, wie der Reichsarbeitsminister am Dienstag im Sozialpolitischen Ausschuß bei der Erörterung der Anträge zur Erweiterung der Krisenfürsorge ausführte, in zusätzlicher Arbeit im Gesamtbetrag von 500 Millionen Mark in Form von Aufträgen der Reichsbahn und der Reichspost, in einem Bauprogramm auf einer finanziellen Grundlage von 250 Millionen Mark und in der Verbesserung der produktiven Erwerbslosenfürsorge durch Bereitstellung von 100 Millionen Mark für Straßenbau und 60 bis 80 Millionen Mark für Notstandsarbeiten. Wichtig ist, daß vor allem bei den Aufträgen der Reichsbahn und der Reichspost auch die Landesarbeitsämter ein Wort mitsprechen, damit nicht nur gewisse Firmen die Aufträge erhalten, sondern zunächst die Bezirke berücksichtigt werden, die unter der Arbeitslosigkeit ganz besonders zu leiden haben.

Ein Opfer des Naziministers

Der gemaßregelte Landrat Böhme gestorben

A. **Weimar**, 9. Juli. (Eig. Funk.) Der von Frick am 30. Juni in den Wartestand versetzte thüringische sozialdemokratische Landrat Böhme ist in der Nacht zum Mittwoch im Alter von 58 Jahren an einem Schlaganfall gestorben. Böhme wurde von Frick am 30. Juni nach Weimar bestellt. Obwohl er schon sehr krank war, ging er doch hin, weil er glaubte, daß eine Besprechung über wichtige Dienstgeschäfte stattfinden sollte. **Man ließ Böhme wie einen Rekruten stundenlang warten**, um ihm dann seine Wartestandsurkunde in die Hand zu drücken. Man hatte den Kranken nur deshalb nach Weimar bestellt, damit man ihm noch am 30. Juni persönlich die Urkunde aushändigen und seinen Gehalt um einen Monat kürzen konnte. Diese unerhörte Behandlung und die dadurch verursachte Aufregung hat wohl zu Böhmes frühzeitigem Tode beigetragen.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19300709/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG